

II- 8666 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4238 IJ

1989 -09- 27

A N F R A G E

der Abgeordneten Grabner, Dr. Stippel  
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und öffentlicher Dienst  
betreffend Kostenpflichtigkeit von Untersuchungen Zuckerkranker bei der  
Verlängerung der Gültigkeit von Führerscheinen

Bei entsprechend schwerer Krankheit wird Zuckerkranken der Führerschein nicht unbefristet, sondern lediglich befristet auf die Dauer von zwei Jahren erteilt. Nach Ablauf dieser Frist können sie zwar eine Verlängerung des Führerscheins beantragen, hiezu ist jedoch in solchen Fällen ein gesondertes ärztliches Gutachten notwendig, das, wie von Betroffenen zu erfahren ist, Kosten in der Höhe von rund S 1.000,-- und mehr verursacht. Dies erscheint jedoch unbillig, da die durch die Zuckerkrankheit ohnedies auch in finanzieller Hinsicht Belasteten zusätzlich noch beträchtliche Beträge jährlich einkalkulieren müssen, um im Besitze des Führerscheins zu bleiben. Hiebei ist insbesondere zu berücksichtigen, daß es sich heutzutage beim Führerschein nicht mehr um ein "Luxusgut" handelt, sondern daß dieser sehr oft die Voraussetzung darstellt, um dem Lebenserwerb nachkommen zu können.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst die nachstehende

A n f r a g e :

1. Entspricht es den Tatsachen, daß sich zuckerkrankte Führerscheinbesitzer unter gewissen Voraussetzungen alle zwei Jahre einer kostenpflichtigen

- 2 -

Untersuchung unterziehen müssen, wobei Kosten in der angeführten Höhe zwingend anfallen?

2. Sehen Sie eine Möglichkeit, die Kostenpflichtigkeit zu beseitigen bzw. dazu beizutragen, daß die Kosten von der Sozialversicherung übernommen werden?

/